

WOLFGANG HETZER

FINANZ KRIEG

Angriff auf den
sozialen Frieden
in Europa

WESTEND



ständige Gewalt generiert, ohne dass eine Lösung des Konflikts in Sicht rückt.⁶

Ganz besondere Nachrichten kommen aus der Schweiz. Dort wurde im September 2012 die Militärübung »Stabilo Due« mit 2000 Soldaten in acht Städten des Landes durchgeführt. Die Eidgenossenschaft will sich damit auf eine Instabilität in Europa vorbereiten. Ihre Überlegungen beruhen auf einer schon 2010 erstellten Risikoanalyse, die sich mit inneren Unruhen und mit dem Zustrom von Flüchtlingen aus Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich und Portugal beschäftigt. Das Verteidigungsministerium hält es nicht für ausgeschlossen, dass die Finanzkrise so zu Protesten und Gewalt führt, dass die Unterstützung der Polizei durch die Armee erforderlich wird. Man ist sich nicht sicher, wie lange die Lage allein durch Geld beruhigt werden kann. Die schweizerische

Armeeführung kündigte im Oktober 2012 unter anderem einen Vorschlag für den (eventuellen) Einsatz von vier Bataillonen der Militärpolizei an.⁷

Wer hinter solchen Überlegungen eine Angstneurose vermutete, brauchte nicht lange zu warten. Am 14. November 2012 kam es in ganz Europa (erneut) zu Protesten gegen die Sparpolitik der Regierungen. Generalstreiks in Spanien und Portugal wurden als ein ernstzunehmendes Warnsignal dafür angesehen, dass Geduld und Leidensfähigkeit vieler Menschen in Südeuropa am Ende sind. In Italien kam es unter anderem in Neapel zu »Guerilla-ähnlichen« Szenen. In Spanien wurden mehr als 40 Menschen verletzt, darunter 18 Polizisten. 110 Streikende wurden festgenommen.⁸

In Portugal fand am 14. November 2012 der dritte Generalstreik in zwölf Monaten

statt. Die Gesamtverschuldung des Landes lag zu diesem Zeitpunkt schon bei 120 Prozent. Das mittlere Einkommen der Portugiesen beträgt kaum mehr als 1000 Euro. Jede vierte Familie in Spanien und Portugal lebt inzwischen unterhalb der Armutsschwelle. In Spanien war im November 2012 jeder zweite junge Mensch unter 25 Jahren arbeitslos, in Portugal jeder dritte – Tendenz steigend. Immer neue Kürzungen bei Renten, Löhnen, bei Bildung, Gesundheit und sozialen Leistungen verschärfen die Not. Das Klima wird sich weiter erhitzen, wenn die »Sparaxt« nicht mit Augenmaß an den staatlichen Schuldenberg angesetzt wird. Die Wut wird durch den Ansehensverlust der südeuropäischen Amtsträger genährt. Man wirft ihnen vor, die öffentlichen Kassen in den letzten Jahren regelrecht geplündert, Steuergelder massiv vergeudet oder sogar

veruntreut zu haben. Und nun fordern sie den »kleinen Mann« auf, Opfer zu bringen.

Gleichzeitig schleusen viele multinationale Konzerne und Multimillionäre einen Großteil ihrer Gewinne am Finanzamt vorbei. Der Schwiegersohn des spanischen Königs steht unter dem Verdacht, dass er ergaunerte öffentliche Gelder in »Finanzparadiesen« geparkt habe. Vetternwirtschaft, Korruption und Steuerbetrug gelten auf der iberischen Halbinsel als das größte Wachstumshindernis. Die Politik befindet sich in einer Glaubwürdigkeitskrise, da das Gefühl für eine gerechte Lastenverteilung offensichtlich verloren ging. In Spanien werden marode Banken mit öffentlichen Milliardenhilfen gerettet. Familien, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können, setzt man dagegen gnadenlos auf die Straße. Wird das Versprechen Europas zur

Ankurbelung der absterbenden Wirtschaft der Krisenländer nicht eingelöst und sehen Spanier und Portugiesen nicht bald Licht am Ende des Tunnels, könnte nach Auffassung eines Kommentators eine »Radikalisierung der Straße« die Zukunft belasten.⁹

Man kann es auch anders sehen: Sollte die Lernkurve der Politik weiterhin so flach verlaufen wie bisher, dann könnte man zu dem Schluss kommen, dass eine Radikalisierung vieler Menschen eine Zukunft erst wieder möglich macht. Selbst in der Politik scheint hier und da die Einsicht zu entstehen, dass in einer »marktkonformen Demokratie«¹⁰, die sich dem Ereignisdruck der Märkte beugt, anstatt ihr den Primat der Politik entgegenzusetzen, die parlamentarische Demokratie unter die Räder zu kommen droht. Sie könnte durch einen perpetuierten Ausnahmezustand ersetzt werden, in dem die